



Mit einem Sonderverkehrswegeplan den Strukturwandel unterstützen—SPD legt weitere konkrete Maßnahmen vor

Mit dem inzwischen vierten Antrag zur erfolgreichen Gestaltung des Strukturwandels im Rheinischen Revier hat die SPD-Landtagsfraktion einen runden Maßnahmenkatalog vorgelegt, mit dem die Zukunft in der Braunkohleregion positiv gestaltet werden kann. Nach Anträgen zum Flächenbedarf, zur Einrichtung einer Förderregion und einer langen Liste an konkreten Projekten zur Gestaltung des Wandels, haben wir im aktuellen Antrag dargestellt, wie die



Infrastruktur der Region ausgebaut werden muss. Grundüberlegung dabei ist, dass die verkehrsgünstige Lage des Reviers zwischen Aachen, Köln und Düsseldorf im Herzen Europas eine Stärke ist, auf der wir aufbauen sollten. Dies betrifft aber nicht nur den Straßenverkehr, sondern auch die Schienenverbindungen.

Für den Rhein-Erft-Kreis geht es dabei besonders auch um eine nahtlose Integration mit dem Ballungsraum Köln. Neben den geplanten S-Bahnen nach Pulheim und Bedburg, deren Umsetzung dringend beschleunigt werden muss, steht dabei auch der Ausbau der Stadtbahnverbindungen im Fokus. Zu-

künftig soll man von Niederaußem über Glessen und Brauweiler nach Köln fahren können. Auch die Linie 18 in Hürth muss gestärkt und die Anbindung Kerpens verbessert werden. Darüber hinaus sollten wir auch dringend überlegen, wie wir die RWE-Trassen nutzen wollen, wenn diese einmal nicht mehr zum Kohletransport genutzt werden.

Der Antrag kann auf [meiner Homepage nachgelesen werden](#).

Verlängerung der Kommissionsarbeit ist die richtige Entscheidung

Gründlichkeit vor Schnelligkeit, das hätte direkt das Motto der Kommission sein müssen. Der vorgelegte Zwischenbericht macht sehr deutlich, dass bisher kein belastbarer Plan entwickelt wurde, wie Strukturwandel als Chance genutzt werden kann. Es darf nicht nur um den Ausstieg aus der Kohle gehen, sondern es muss gleichzeitig klar sein, dass es einen Einstieg in eine konkrete Zukunftsgestaltung gibt.

Die Zusammensetzung der Kommission ist da sicherlich hinderlich, denn es fehlen gerade aus dem Rheinischen Revier Vertreter der betroffenen Kommunen, aus energieintensiven Betrieben und der Arbeitnehmerschaft. Deshalb wird die SPD weiter mit konkreten und konstruktiven Vorschlägen die Arbeit begleiten.

Weitere Themen der Woche:

[Straftaten-Bilanz während Baumhaus-Räumungen](#)

[Landesregierung muss Schulschwimmen besser fördern](#)

[Entwicklungsgesellschaft Niederaußem](#)

CDU und FDP fürchten die Bürger

Der Plan der Regierungskoalition die Stichwahl bei Bürgermeisterwahlen abzuschaffen ist nichts anderes, als die Angst vor den Bürgern. Mit diesem Ansinnen wird ein wichtiges Stück unmittelbar gelebter Demokratie gerade da abgeschafft, wo die Menschen es am direktesten spüren, nämlich bei sich vor Ort.

2007 haben CDU und FDP die Stichwahl das erste Mal abgeschafft, woraufhin sie von der nachfolgenden Minderheitsregierung aus SPD und Grünen, mit Unterstützung auch der FDP, wiedereingeführt worden ist.

Jetzt soll es wieder möglich werden, dass Bürgermeister mit nicht mal 30% der Stimmen ins Amt gewählt werden können, wie es während der letzten schwarzen Regierungzeit mehrfach passierte. Ich meine, dass ein Bürgermeister unbedingt eine ausreichende Legitimation benötigt und deshalb die Stimmenmehrheit erreicht werden muss.

In den Städten und Kommunen wird Demokratie direkt spürbar für die Menschen. Demokratische Teilhabe muss gestärkt, nicht geschwächt werden. Dass CDU und FDP dies anders sehen, ist traurig. Es ist ein Misstrauensvotum gegen die Menschen in NRW.

Herzlichst Ihr

